



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|--|---|
| 11.03.2025 | Report aus Mainz (SWR): "Man kann hochradioaktive Abfälle nicht im Akkord einlagern" | 3 |
| 12.03.2025 | Frankfurter Neue Presse Stadtausgabe: Runder Tisch zu Kernfusion | 6 |

Report aus Mainz (SWR)

"Man kann hochradioaktive Abfälle nicht im Akkord einlagern"

11. März 2025 15:48 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Suche nach einem geeigneten Entlagerstandort für **Atom Müll** läuft. Dagmar Dehmer von der Bundesgesellschaft für **Endlagersuche** erklärt im Interview, warum auch Ulm in Frage kommt. 2021 ist der letzte Block des Atomkraftwerks Gundremmingen im Kreis Günzburg unweit von Ulm vom Netz gegangen. **Atom Müll** gibt es dort aber noch immer.. Bis dahin wird es aber in Deutschland noch kein **Endlager** geben.

Derzeit sucht die Bundesgesellschaft für **Endlagersuche** (BGE) mit wissenschaftlichen Kriterien nach einem möglichen Standort. Dafür kommt auch die Region um Ulm in Frage. Wie wahrscheinlich es ist, dass hier tatsächlich ein **Endlager** entsteht und wie kontrovers die Suche in der Bevölkerung diskutiert wird, darüber haben wir mit Dagmar Dehmer gesprochen. Sie ist Kommunikationschefin bei der Bundesgesellschaft für **Endlagersuche**. SWR Aktuell: Seit 2017 läuft die Suche Ihrer Behörde nach einem Standort für ein **Atom Müll-Endlager**. Die Region um Ulm ist noch im Rennen. Wie wahrscheinlich ist es, das dort ein **Endlager** hinkommt?

Dagmar Dehmer: Das kann ich Ihnen im Augenblick noch nicht sagen. Die **BGE** prüft alle 90 Teilgebiete in Deutschland auf ihre Eignung. Für den Raum Schwäbische Alb und Ulm haben wir im vergangenen November einen ersten Arbeitsstand erreicht. Ein Teil dieser Region ist als ungeeignet eingestuft worden.

Das ist der Teil, der nach Bayern hereinreicht. Da ist nicht genügend Opalinuston vorhanden, in der richtigen Tiefe, um sinnvoll ein **Endlager** zu planen. In Richtung Westen, also Richtung Schwäbischer Alb, dieses Gebiet ist wenig geeignet für die **Endlagerung**. Da haben wir unterschiedliche Indikatoren geprüft, bezogen auf die Sicherheit dieses Gebiets.

In der Mitte des Gebietes mit Opalinuston, da liegt auch Ulm. Wobei Ulm selbst auf einer Störungszone liegt. Ulm selbst wird höchstwahrscheinlich nicht zwingend ein guter **Endlagerstandort** sein. Aber die Region drumrum könnte es schon werden.

SWR Aktuell: Wann könnte es denn eine Entscheidung für dieses Gebiet rund um Ulm geben, das noch im Rennen ist?

Dehmer: Ende 2027 wird die **BGE** ihren Standortregionen-Vorschlag vorlegen, und spätestens dann wird klar sein, ob diese Flächen im Spiel bleiben oder nicht.

SWR Aktuell: Und wann fällt die endgültige Entscheidung über einen Standort?

Dehmer: Das hängt davon ab, ob es bei den drei Phasen, die aktuell im Gesetz stehen, bleibt, oder ob das Verfahren beschleunigt wird. Das wird höchstwahrscheinlich in dieser Legislaturperiode entschieden. Da gibt es mehrere Ansatzpunkte, wo man Zeit sparen kann. Ein Beispiel sind die Grundstücke, auf denen wir erkunden müssen. Das Eigentumsrecht hat in Deutschland einen sehr hohen Stellenwert. Das bringt enorme Schwierigkeiten mit sich, wenn man ein Grundstück für eine Erkundung braucht, der Grundstückseigentümer aber aus eigenem Antrieb oder weil das Dorf ihn unter Druck setzt, das Grundstück nicht hergeben will.

Dafür müssen wir Lösungen finden, sonst verliert man da einfach enorm viel Zeit. An diesem Beispiel merken Sie schon, das wird komplizierter, wenn man ins Detail geht. Und man braucht auch immer mehr Zeit. Wir hoffen, dass wir bis Mitte des Jahrhunderts den Standort festlegen können. Aber dafür müssen eben auch rechtlich noch Voraussetzungen geschaffen werden.

SWR Aktuell: Wie kontrovers und wie faktenorientiert wird die **Endlagersuche** denn in der Bevölkerung diskutiert?

Dehmer: Das ist regional total unterschiedlich. Was wir immer merken, egal wo wir unterwegs sind gibt es ein großes Verständnis dafür, dass es auf Dauer keine Lösung ist, die Abfälle über Tage zu lagern. Ich glaube, dass insbesondere die Ereignisse in der Ukraine vielen deutlich gemacht haben, dass sich die Dinge über Tage so schnell bewegen können, dass man die Sicherheit nicht dauerhaft garantieren kann.

Wenn es dann um die Frage geht: 'Was wäre, wenn der bestmögliche Standort bei Ihnen um die Ecke wäre?' - dann gibt es Regionen, dazu gehört auch Baden-Württemberg, wo es ein großes Verständnis dafür gibt, wenn es wirklich aus Sicherheitsgründen und wissenschaftlich begründet der beste Standort ist, dass man es dann akzeptieren muss. Es gibt andere Regionen, die sehen das ganz anders. Die sagen, auf gar keinen Fall bei uns.

Ich bin überzeugt, dass es alle diese Positionen in einer Bevölkerung immer geben wird. Wenn die Entscheidung näher rückt, wird das auf jeden Fall eine kontroverse Diskussion. Die Frage ist, ob die Menschen über diesen Moment des Schocks hinauskommen, und man dann ins Gespräch kommt, wie man es denn so machen kann, dass es für die lokale Bevölkerung akzeptabel sein könnte. Wenn man in diesen Dialog kommt, bin ich ganz zuversichtlich, dass wir das Problem auch lösen. Aber ohne Konflikte wird es nicht abgehen können.

SWR Aktuell: Wie kann eine Bürgerbeteiligung bei dieser **Endlagersuche** aussehen?

Dehmer: Wir haben hier mit dem Forum **Endlagersuche** ein Instrument, wo einmal im Jahr ein Diskussionsforum oder ein Diskussionsort angeboten wird, wo man zum einen natürlich viele Fragen loswerden kann, zum anderen aber auch Vorschläge machen kann. Und tatsächlich bemühen wir uns auch sehr, diese Vorschläge, die da gemacht werden, so gut es geht umzusetzen.

Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass diese fortlaufende Auseinandersetzung sowohl mit den wissenschaftlichen Gesprächspartnerinnen als auch mit interessierten Leuten dazu führt, dass wir noch mal

einen Anstoß von außen bekommen. Und diese Art von Beteiligungen, die ist für das gesamte Verfahren vorgesehen. Uns hilft das sehr. Wir bemühen uns sehr, dass dann auch so sichtbar wie möglich zu machen, wenn Anregungen von außen bei uns zu veränderten Entscheidungen oder Vorgehensweisen geführt haben.

SWR Aktuell: Wenn wir jetzt noch mal bei uns in die Region hier rund um Ulm gucken: Gundremmingen ist nicht weit weg, da gibt es ein Zwischenlager, das ist bis 2046 genehmigt. Wie dringend ist es da, eine Lösung zu finden?

Dehmer: Wenn das Zwischenlager nicht für immer da bleiben soll, dann wäre es, glaube ich, ziemlich dringlich.

SWR Aktuell: Seit 2017 läuft die Suche nach einem Endlager durch die BGE. Werden wir noch miterleben, wo es am Ende gebaut wird, also Sie und ich?

Dehmer: Wenn der Standort gefunden ist, dann muss geklärt werden, ob das, was davor erarbeitet worden ist, den Tatsachen auch standhält. Wenn das der Fall ist, dann wird es trotzdem noch länger dauern, bis die Genehmigungen da sind, dieses Endlager auch wirklich fertig zu bauen. Und dann wird es Genehmigungen brauchen, um mit der Einlagerung zu beginnen.

Die Einlagerung selbst wird noch mal Jahrzehnt dauern, weil man hochradioaktive Abfälle eben nicht im Akkord einlagern kann. Das ist einfach gefährliches Zeug, und das muss mit der notwendigen Sorgfalt gemacht werden. Das dauert ein paar Jahrzehnte. Wir werden die Schließung vielleicht nicht mehr miterleben, aber den Start der Befüllung vielleicht.

SWR Aktuell: Wie ist es denn, bei so einem Projekt mitzuarbeiten, bei dem man weiß man wird wahrscheinlich gar nicht mitbekommen, ob es dann am Ende erfolgreich ist?

Dehmer: Also, ich denke da immer an das Ulmer Münster. Das ist ja auch nicht in einer Lebenszeit gebaut worden. Es ist eine Arbeit, die bis heute anhält. Teil von so etwas Großem zu sein, ist schon auch was Cooles. Sendung am

Runder Tisch zu Kernfusion

Experten wollen neue Möglichkeiten sauberer Energieversorgung ausloten

Wiesbaden/Biblis – Mit einem neuen „Runden Tisch Kernfusion“ will Hessen seine Energieforschung vorantreiben. Beim stillgelegten südhessischen Akw Biblis ist dafür an diesem Donnerstag unter Leitung von Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) das nicht öffentliche Auftakttreffen von Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geplant. Weitere Runden sollen folgen.

Der neue Erfahrungsaustausch passt in diese Tage – im Sondierungspapier für die angestrebte schwarz-rote Bundesregierung heißt es: „Wir wollen die Fusionsforschung stärker fördern. Unser Ziel ist: Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland stehen.“

Langfristiges Projekt

Etwa in Hessen? Noch unklar. Auch in mehreren anderen Bundesländern wird laut dem Bundesforschungsministerium die Fusionsforschung vorangetrieben, beispielsweise in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Es ist ein Projekt eher von Jahrzehnten als von Jahren – und es entzündet sich auch Kritik daran, nicht zuletzt in Hessen.

Im Koalitionsvertrag der seit Januar 2024 amtierenden, ebenfalls schwarz-roten Landesregierung in Wiesbaden heißt es, Hessen solle „Leitstandort für innovative Energieforschung werden“ – unter anderem bei der laserbasierten Kernfusion. Die „langfristigen Chancen“ dieser Technik sollten genutzt werden.

Beim Auftakt des Runden Tisches an diesem Donnerstag bei der „RWE-Rückbauanlage Biblis“ unter dem Motto „Kernfusion made in Hessen“ geht es laut der Staatskanzlei darum, „wirt-

schaftliche Vorteile und Investitionspotenziale am Standort Biblis zu erschließen und Hessen zu einem führenden Standort für Laserfusionstechnologie auszubauen“.

Nach dem Atomausstieg Deutschlands im Zuge der Fukushima-Katastrophe 2011 wurde seinerzeit auch das Kraftwerk Biblis stillgelegt. Seit 2017 läuft sein Abriss.

Regierungschef Rhein bezeichnete im Februar 2025 in der Haushaltsdebatte im Landtag eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung als einen der Schwerpunkte der Landesregierung. Dafür seien neben neuen Wegen bei der Kernfusion auch Investitionen in „moderne Kernkraft“ nötig. Generell formulierte Rhein mit Blick auf ein technologieoffenes Anstreben dieser Ziele auch, man solle nicht nur „aussteigen“, sondern auch einmal „einsteigen“.

Im Oktober 2024 teilte die Landesregierung mit, für die Erforschung der laserbasierten Kernfusion werde das Darmstädter Unternehmen Focused Energy vom Land Hessen und von der EU mit 2,5 Millionen Euro unterstützt. Diese Zukunftstechnik könne auch die Unabhängigkeit von Energieimporten langfristig stärken.

Für die Jahre 2025 und 2026 sind in der bisherigen Finanzplanung des Landes laut dem Energieministerium sogar jeweils weitere zehn Millionen Euro für Focused Energy vorgesehen. Die Grünen-Opposition im Landtag kommentierte, Investitionen in die Entwicklung neuer Technik könnten sinnvoll sein. Doch die Fokussierung auf ein einzelnes Unternehmen in diesem Ausmaß gehe zulasten anderer Projekte der Energiewende. So würden etwa zugleich

Programme zur Energieeffizienzberatung für viele Firmen zusammengestrichen, kritisierten die Grünen. „20 Millionen Euro für ein Lufts Schloss?“, fragten sie rhetorisch.

Focused Energy ist ein 2021 von der Technischen Universität (TU) Darmstadt ausgegründetes deutsch-amerikanisches Unternehmen. Seine Experimente mit Hochleistungslasern sollen im Idealfall der Fusionsenergie den Weg zur Marktreife ebnen.

Bei der Kernfusion werden kleine Atomkerne, anders als in Reaktoren von herkömmlichen Atomkraftwerken, bei extremen Temperaturen verschmolzen statt gespalten – also fusioniert. Weltweit wird daran geforscht, wie die Kernfusion zur Energiegewinnung genutzt werden kann.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Hessen monierte: „Kernfusion ist ein unrealistischer, teurer und strahlender Traum – sie leistet keinen Beitrag zur aktuell notwendigen Bekämpfung des Klimawandels.“

Bisher sei es nicht gelungen, aus der Kernfusion nutzbare Energie zu gewinnen, da für die nötige extreme Erhitzung eingesetzter Stoffe mehr Energie aufgewendet werden müsse, als bei dem Prozess entstanden sei. Weiter kritisierte der BUND: „Bei der Kernfusion kommt radioaktives Tritium zum Einsatz, das bei Störfällen freigesetzt werden kann. Zudem erzeugen Kernfusionsanlagen rund fünfmal so viele atomare Abfälle pro Kilowattstunde wie Kernspaltungsreaktoren.“ Eine Endlagerung dieser Abfälle für mehrere Tausend Jahre sei „nicht in Sicht“.

JENS ALBES

| | | | |
|----------------|-------------------|-------------|---------------------------------|
| Wörter: | 601 | Jahrgang: | 2025 |
| Seite: | 5 | Ausgabe: | Hauptausgabe |
| Ressort: | Hessen-Rhein-Main | Auflage: | 5.941 (gedruckt) ¹ |
| Medienkanal: | PRINT | | 8.259 (verkauft) ¹ |
| Mediengattung: | Tageszeitung | | 8.697 (verbreitet) ¹ |
| Medientyp: | PRINT | Reichweite: | 0,03595 (in Mio) ² |

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main

¹ von PMG gewichtet 01/2025

² von PMG gewichtet 7/2024